

Zeit Zeichen

NUMMER 3 | OKTOBER 2020 | Magazin der Kath. ArbeitnehmerInnen Bewegung Österreich | 65. Jahrgang | 5 Euro | Jahresabo 17€



Arbeitslos

Was die Corona-Krise macht und fordert

Mit
Regionalteil:
Steiermark
und Wien

FOTO: LUCIE GERHARDT_PIXELIO.DE



Arbeit schützt vor Armut nicht

Ein Beitrag zur Debatte um Arbeitslosigkeit und Arbeit seitens der Armutskonferenz **Seite 8**

Hands on

Mentor*innen coachen Jugendliche auf ihrem Weg ins Berufsleben **Seite 16**

Grundeinkommen – ein Gebot der Stunde?

Eine Alternative gewinnt an Attraktivität **Seite 12**

EDITORIAL

ZUR PERSON

Elisabeth Ohnemus ist Germanistin, Theologin und diplomierte Sozialarbeiterin. Sie ist derzeit tätig als Pressereferentin der Katholischen Frauenbewegung Österreichs, als freie Journalistin und in der Erwachsenenbildung mit Schwerpunkt „politische Bildung“. **FOTO: P. SCHREIBER**



Mit mehr als 500.000 Menschen ohne Job hatte die Arbeitslosigkeit im April dieses Jahres einen historischen Höchststand im Nachkriegs-Österreich erreicht. Ende August meldete das AMS noch rund 370.000 Arbeitslose, ein erneuter Anstieg im Herbst ist aber von Expert*innen prognostiziert, parallel zum erneuten Anstieg der Zahl der Corona-Infizierten seit September und den damit verbundenen aktuellen und gegebenenfalls noch ausstehenden Schutzmaßnahmen.

ArbeitsLos: Was bedeutet Arbeitslosigkeit? Für eine Gesellschaft, für den/die einzelne/n Betroffene/n? Welche Debatten, welche Entscheidungen braucht es, um das nachhaltig zu beantworten, was die Corona-Krise an Fragen zum gegenwärtigen Verständnis von und Umgang mit (Erwerbs-)Arbeit(slosigkeit) wie unter einem Brennglas vor Augen führt?

In dieser Ausgabe von ZeitZeichen äußern sich Menschen aus unterschiedlichen Blickwinkeln dazu, allen voran Arbeitslose wie etwa eine Aktivistin der steirischen Arbeitsloseninitiative AMSEL (S. 18 – 19) oder die Vorsitzende des ÖGB OÖ -Themenforums Arbeitslosigkeit, Brigitte Hofer (S. 4 – 5). Sie beschreiben nicht nur individuelle Wahrnehmungen, sondern analysieren auch, formulieren Lösungsansätze und stellen politische Forderungen in den Raum. Die zentralen Stichworte – Arbeitszeitverkürzung und Grundeinkommen – finden sich nicht nur bei ihnen, sondern auch in anderen Beiträgen in diesem Heft: in den Überlegungen von Rudolf Diensthuber, Sekretär des ÖGB OÖ-Themenforums (S. 4 - 5), von AMSEL-Obfrau Margit Schaupp (S. 18 – 19) oder KABÖ-Vorsitzender und Kommentatorin Anna Wall-Strasser (S. 3). Die Betriebsseelsorgerin Ulrike Hammerl berichtet von Diskussionen zum bedingungslosen Grundeinkommen bei einer Straßenaktion der diözesanen Plattform „mensch&arbeit“ in Steyr (S. 13), Grundeinkommens-Experte Markus Blümel von der Katholischen Sozialakademie Österreichs bietet einen Überblick über unterschiedliche Modelle, über Initiativen weltweit und Akti-

onen. Martin Gruber-Risak, außerordentlicher Professor am Institut für Arbeits- und Sozialrecht der Universität Wien und regelmäßiger ZeitZeichen-Kommentator, liefert vor dem Hintergrund seiner wissenschaftlichen Arbeit ein differenziertes Plädoyer für die Arbeitszeitverkürzung. Und Michaela Moser, Dozentin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Ilse Arlt Institut für soziale Inklusionsforschung der FH St. Pölten sowie langjährige Mitarbeiterin der Österreichischen Armutskonferenz, nähert sich aus ihrer fachspezifischen Perspektive und Erfahrung dem Thema. Moser: „Was es braucht, ist ein radikales Umdenken, das einen erweiterten Arbeitsbegriff stärkt und Arbeiten neu verteilt, existenzsicherndes Einkommen für jede Erwerbsarbeit, aber auch jenseits von dieser sichert und das Care-Aktivitäten und damit das wechselseitige Sorgen füreinander und als Gesellschaft ins Zentrum stellt.“

Der Jugend ist ein eigener Schwerpunkt in diesem Schwerpunkt-Heft gewidmet: rund 62.000 Menschen unter 25 Jahren sind derzeit ohne Job, die Jugendarbeitslosigkeit hat damit einen Höchststand erreicht. Die Bundesjugendvorsitzende der Gewerkschaft der Privatangestellten-djp, Susanne Hofer, spricht im Interview mit ZeitZeichen von einer „lost generation“, zieht eine Zwischenbilanz der im Mai unter diesem Slogan gestarteten Kampagne der Gewerkschaftsjugend und präsentiert deren Maßnahmenkatalog (S. 14 – 15) – es muss investiert werden in die Jugend, „koste es, was es wolle“.

*Ein ganz spezifisches Investment machen derweil Mentor*innen der Initiative „Hands on“, die auch von der Katholischen ArbeitnehmerInnen-Bewegung der Erzdiözese Wien unterstützt wird: sie bieten Jugendlichen Zeit und Begleitung, in eine Lehre zu finden. Das intensive 1:1 Betreuungsprogramm ist höchst erfolgreich und hat auch und gerade unter den Bedingungen des Lockdowns funktioniert, berichtet Eva Rosewich im Interview. Ein Bausteinchen...*

KOMMENTAR

ZUR PERSON

Anna Wall-Strasser, Theologin, Betriebsseelsorgerin, langjährig tätig im Bereich menschen- und arbeitsbezogene Arbeit der Diözese Linz, ist Vorsitzende der Katholischen ArbeitnehmerInnen Bewegung Österreich. **FOTO:** JAKOB LEHNER



Nicht die arbeitslosen Menschen sind das Problem

*Was wird gerade aktuell Thema sein, wenn die Leser*innen unsere Zeitung in den Händen halten? Das frage ich mich jedes Mal beim Schreiben dieses Kommentars. Diesmal kann ich mir leider sehr sicher sein: Arbeitslosigkeit ist nicht nur heute ein markantes Problem, sondern wird es in den nächsten Monaten bleiben. Von Personalkürzungen, Werkschließungen, Zusammenbruch des Tourismus ist derzeit in jeder Nachrichtensendung zu hören, und damit ist klar, dass noch lange Zeit noch mehr Arbeitsplätze fehlen werden. In meinem Bekanntenkreis gibt es eine Familie, in der bereits jetzt drei von vier Mitgliedern arbeitslos sind, und der eine ‚verbliebene‘ war vier Monate in Kurzarbeit. Und das in einer sehr typischen Mittelstandsfamilie, die keineswegs im prekären Bereich gelebt hat. Bisher.*

*Denn was das bedeutet, kann sich jede*r ausmalen. Das Einkommen schrumpft plötzlich auf 55% des bisherigen, und damit stellt sich die Existenzfrage. Glücklicherweise kann sich da schätzen, wer in einem abbezahlten Eigenheim wohnt, denn die Miete sinkt nicht, wenn das Einkommen sinkt, so wie auch andere Fixkosten des Lebens sich nicht auflösen. Sparen als Ratsschlag dagegenzuhalten, kommt da sehr leichtfertig über die Lippen, und kommt schnell einer Verhöhnung gleich – oder zumindest einer großen Ahnungslosigkeit seitens derer, die noch nie in ihrem Leben arbeitslos gewesen sind. Dabei ist das bei weitem nicht nur Ergebnis persönlicher Leistung, vielmehr einfach das Glück, in einer früheren Phase der Vollbeschäftigung einen sicheren Job bekommen zu haben – so wie auch ich.*

Die große Ahnungslosigkeit von der Lebensrealität arbeitsloser Menschen hängt aber auch mit der Sprachlosigkeit zusammen, die dem Thema anhaftet. Es ist immer noch ein großes Tabu, über Arbeitslosigkeit zu reden. Die Magazine und Zeitungen sind voll mit Geschichten über Gesundheit, Erziehung, Ernährung, Bildung, Lebensstile... Über das Leben ohne

Erwerbsarbeit herrscht großes Schweigen. Die Betroffenen drängen sich da auch nicht vor. Sie bleiben zuhause sitzen, trauen sich tagsüber oft nicht aus dem Haus, um nicht aufzufallen. Immer noch hängt der Vorwurf im Raum, selber schuld zu sein, egal wie groß die Kluft zwischen Arbeitssuchenden und freien Arbeitsstellen auch ist.

*Wie geht es ihnen aber mit der knappen Kasse, vor allem wenn Kinder mit betroffen sind? Mit dem Stress am Arbeitsplatz, dem Druck sich immer wieder zu bewerben und mit Ignoranz oder Absagen konfrontiert zu sein? „Drei Monate sind relativ gut zu bewältigen“, sagen mir Betroffene, „dann wird’s zack“. Dann kommen Gefühle wie Sinnlosigkeit, Müdigkeit, Aussichtslosigkeit, Frust. Das ist dann tatsächlich schwer in Worte zu fassen, und ehrlich: das hört sich auch niemand gern an. Die Frage nach dem „Wie geht es dir denn?“ sollte daher auch wirklich von Interesse und Empathie getragen sein. Das merkt man nämlich. Aufrichtiges Interesse ist für Arbeit suchende Menschen eine wichtige Hilfestellung, in Worte zu fassen was wirklich los ist. Das entlastet, ermutigt und stärkt. Nicht der*die Arbeitslose ist das Problem, sondern die (Erwerbs)-Arbeitslosigkeit.*

*Ich denke, wenn mehr darüber geredet würde, was Arbeitslosigkeit mit Menschen macht, würde das auch Druck machen, das Problem politisch anzugehen – das Arbeitslosengeld zu erhöhen, Arbeitsplätze im öffentlichen Bereich und in Gesundheitsdienstleistungen zu schaffen, die vorhandene Arbeit aufzuteilen. Da tut sich bisher faktisch nichts. Und ein Einkommen in angemessener Höhe für alle zu garantieren, ob mit oder ohne Erwerbsarbeit. Das hilft auch allen Selbstständigen, Künstler*innen, Kulturschaffenden, die unter Corona-Bedingungen auch nicht wissen, wovon sie leben sollen. Denn es geht nicht um Arbeit um jeden Preis, das soll im Zusammenhang mit dem Tag der menschenwürdigen Arbeit am 7. Oktober auch deutlich gesagt sein!*

ArbeitsLos

Eine Bestandsaufnahme

Die Arbeitslosigkeit hat in Österreich unter den Bedingungen der Corona-Krise Rekordhöhe erreicht, nachhaltige Entspannung ist nicht in Sicht, das Gegenteil zu erwarten. **RUDOLF DIENSTHUBER**, Sekretär des ÖGB OÖ-Themenforums Arbeitslosigkeit, richtet den Blick auf die Betroffenen, streift alte und neue Debatten um Arbeit und Arbeitslosigkeit, beschreibt notwendige Lösungsansätze und analysiert den Umgang der Politik mit den anstehenden Problemen.



RUDOLF DIENSTHUBER, ÖGB-Sekretär für das ÖGB OÖ-Themenforum Arbeitslosigkeit, ÖGB-Regionalvorsitzender von Kirchdorf an der Krems, darüber hinaus verantwortlich für die Bereiche grenzüberschreitende und interregionale Gewerkschaftsarbeit, langjähriger Betriebsratsvorsitzender eines privatwirtschaftlichen Unternehmens, und BRIGITTE HOFER, Vorsitzende des ÖGB OÖ-Themenforums Arbeitslosigkeit, gelernte Einzelhandelskauffrau, bis 2007 in der Reisebranche tätig, seither arbeitslos, Absolventin zahlreicher AMS-Kurse und Schulungen

FOTO: ÖGB

Waren Sie schon einmal arbeitslos? Zuhause ohne sinnstiftende Beschäftigung? Litten unter dem Verlust des strukturierten Tagesablaufs? Unter schlaflosen Nächten? Dem Gefühl der Ausweglosigkeit? Unzählige Menschen mussten die traurige Erfahrung der Arbeitslosigkeit im Laufe ihres Lebens schon einmal durchmachen. Aktuell ist es fast eine halbe Million in Österreich – dem gegenüber stehen nur etwa 10 Prozent an offenen Stellen – von ausbildungsadäquat weit entfernt. Besonders die von Langzeitarbeitslosigkeit

Betroffenen leiden manchmal unerträglich darunter – unter mangelndem Selbstwertgefühl, dem Gefühl, scheinbar nicht mehr gebraucht zu werden, sozial isoliert zu sein, ausge-

grenzt von der Gesellschaft und einem materiellen und psychischen Überlebenskampf ausgesetzt. Die Lebenszufriedenheit sinkt mit der Dauer der Erwerbslosigkeit, der Druck steigt ins Unermessliche, oftmals drohen auch Krankheit und Suizid. Davon ist meist die ganze Familie betroffen, soziale Vererbung droht – das geht aus mehreren Studien hervor.

Arbeitslosigkeit macht krank

Brigitte Hofer, die Vorsitzende des ÖGB OÖ-Themenforums Arbeitslosigkeit, kann authentisch aus ihrer 12-jährigen Langzeitarbeitslosigkeit berichten – wie sie während dieser Zeit in ein immer tiefer werdendes Loch fiel, wie sie diese endlose Zeit ohne Perspektive zermürbte und sie in ein sinnleeres Leben schlitterte. Hofer: „Auch materiell muss ich mich auf das Allernotwendigste beschränken, aber am meisten hat mich getroffen, dass man nicht mehr dazugehört, nicht mehr Teil der Gesellschaft ist. Du verlierst deine Würde. Wenn du dann die Kurve nicht mehr kriegst, landest du ganz schnell in der Depression und resignierst“. Dass die Rückmeldungen zu ihren Bewerbungen minimal und respektlos waren, tat ein Übriges.

„DAS ARGUMENT DER POLITIK, EIN GERINGERES ARBEITSLÖSENGELD ERHÖHE DEN WILLEN ZUR WIEDERAUFNAHME EINER ARBEIT, IST BLANKER ZYNISMUS, WENN NUR FÜR JEDEN ZEHNTEN DAVON REIN RECHNERISCH EIN JOB ZUR VERFÜGUNG STEHT.“ **RUDOLF DIENSTHUBER**

Diese oft unmenschliche Tragik ist die eine Seite, aber Arbeitslosigkeit geht über die Schicksale der Betroffenen hinaus. Was macht Arbeitslosigkeit mit dem Rest unserer Gesellschaft, vor allem mit jenen, die in Beschäftigung sind? Welche Kollateralschäden verursacht sie?

Gesellschaftliche Ausgrenzung

Das Arbeitslosengeld ist bekannterweise eine Versicherungsleistung. Menschen zahlen also während ihres Arbeitsverhältnisses über ihre Sozialversicherungsabzüge in die Arbeitslosenversicherung ein und erhalten im Falle einer Arbeitslosigkeit eine Arbeitslosenunterstützung, deren Höhe der Gesetzgeber definiert – was bedeutet, dass darauf ein Rechtsanspruch besteht. Dieser Rechtsanspruch ist im Bewusstsein der Gesellschaft und der neoliberalen Politik aber oftmals immer noch als Almosen verankert, womit die Antragsteller*innen gedanklich zu Bittsteller*innen degradiert werden. Solange sich diese Einstellung nicht ändert, werden die an sich vielfältigen Ursachen der Arbeitslosigkeit auf individuelles Versagen reduziert.

Die nun aufkeimende politische Diskussion um eine weitere Verschärfung der Zumutbarkeitsbestimmungen für arbeitslose Menschen ist mit Sicherheit kein Teil der Problemlösung. Menschen, die oftmals vor dem Abgrund stehen, noch weiter in ein Eck zu drängen, wird den Beschäftigungsgrad in unserem Land wohl kaum erhöhen.

Folgen für die gesamte Gesellschaft

Dass Arbeitslosigkeit volkswirtschaftlich gesehen die teuerste Form unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens ist, sollte hinlänglich bekannt sein. Aber es gibt darüber hinaus auch noch Faktoren und Zusammenhänge, die meist weniger beachtet werden. Hohe Arbeitslosenzahlen z.B. erzeugen enormen Druck auf die Beschäftigten hinsichtlich Entlohnung, Arbeitsbedingungen, arbeitsrechtlichen und sozialen

Standards oder Sicherheitsvorschriften, und viele sind leider bereit, diese Verschlechterungen hinzunehmen. Damit entstehen Billiglohnssektoren und in Entwicklungsländern Kinderarbeit mit regelrechten Arbeitslagern an der Grenze zur Sklaverei. Weltweit agierende Konzerne und Ketten sind hier besonders involviert.

Trotz kollektivvertraglicher Lohnerhöhungen durch die Gewerkschaft sind die Reallohneinkommen auch bei uns sinkend – eine gefährliche Abwärts Spirale. Und in neuen Bereichen ent-

Das Algorithmus-Gespensst geht um...

Eine Straßenaktion des ÖGB OÖ-Themenforums Arbeitslosigkeit

Foto: ÖGB



stehende Jobs können zahlenmäßig nicht mit dem Verschwinden anderer Arbeitsplätze Schritt halten. Der arbeitende Mensch also nur mehr ein reiner Kostenfaktor, Einsparungspotential und Opfer der Aktionärs gier, entscheidende Standortfrage für Unternehmen und Konzerne?

Eine gute Ausbildung allein ist heute keine Garantie mehr für einen guten oder gar sicheren Arbeitsplatz, Billigjobs selbst für Akademiker*innen stehen auf der Tagesordnung. Prekäre Dienstverhältnisse, Teilzeit, Geringfügigkeit sind im Vormarsch. Was ist gerechte Entlohnung? Gibt es sie überhaupt noch, wenn sie insgesamt immer weniger für ein menschenwürdiges Leben reicht?

Lösungsansätze und politischer Wille - oder doch jeder gegen jeden?

Der maßgeblichen Politik fehlt offensichtlich der Wille, diese Problematik in ihrer Gesamtheit zu betrachten. Ihr Argument, ein geringeres Arbeitslosengeld erhöhe den Willen zur Wiederaufnahme einer Arbeit, ist blanker Zynismus, wenn nur für jeden Zehnten davon rein rechnerisch ein Job zur Verfügung steht. Deshalb sind seitens der Gewerkschaften auch die jetzt von der Wirtschaft eingebrachten Vorschläge zur Neugestaltung der Arbeitslosenunterstützung - mit zunehmender Dauer weniger Geld - klar abzulehnen. Sie lösen diese Problematik nicht, sie verschärfen sie eher im Segment der Langzeitarbeitslosigkeit. Dass eine verantwortungslose, vom Kapital gesteuerte politische Elite mit diesem Zustand spielt und diese beiden Gruppen versucht gegeneinander auszuspielen, passt ins Bild des immerwährenden Turbokapitalismus und des Dividendenwahnsinns.

Arbeit neu verteilen und eine gerechtere Einkommens- und Belastungsver-

teilung sollte daher mehr als ein Denkansatz sein. Arbeitszeitverkürzung, erwerbsloses Grundeinkommen? Dazu braucht es den politischen Willen, den wir in der marktradikalen Zeit weltweit vergebens suchen. Henry Ford's Leitsatz „Ich zahle nicht gute Löhne, weil ich viel Geld habe, sondern ich habe viel Geld, weil ich gute Löhne zahle“ scheint zusehends in der Versenkung zu verschwinden...

INFO:

*In der ÖGB-Landesorganisation OÖ gibt es seit 2016 die Struktur eines ÖGB OÖ - Themenforums Arbeitslosigkeit, das sich gezielt mit Fragen, Themen und der Situation arbeitsloser Menschen auseinandersetzt. Dessen Zusammensetzung ist breit gestreut, reicht von Gewerkschaftssekretär*innen, Betriebsrät*innen bis hin zu Aktivist*innen und direkt betroffenen Arbeitslosen. Dieses Gremium versteht sich als aktionistisches Sprachrohr für arbeitslose Menschen in Österreich, formuliert daraus abgeleitete Forderungen an die Politik bzw. diskutiert Gesetzesvorhaben der Regierung und deren Auswirkungen, wie etwa den geplanten Algorithmus oder das Sperren des Arbeitslosengeldes.*

Appell des Themenforums Arbeitslosigkeit, die Menschenwürde von Arbeitenden und Arbeitslosen zu wahren

FOTO: ÖGB



KOMMENTAR

ZUR PERSON

Dr. Martin Gruber-Risak ist außerordentlicher Universitätsprofessor am Institut für Arbeits- und Sozialrecht der Universität Wien und Mitglied des die Europäische Kommission beratenden "European centre of expertise in the field of labour law, employment and labour market policies (ECE)".

FOTO: PETER REITMAYR



Arbeitszeitverkürzung jetzt

*Seit jeher ist die Frage, inwieweit der Inhalt des Arbeitsvertrages den Regeln des Marktes überlassen werden soll oder hier der Staat Mindestbedingungen vorzugeben hat, umstritten. Arbeitgeber*innen argumentieren, dass in das freie Spiel der Kräfte nicht eingegriffen werden dürfe, da dies zwangsläufig zu überhöhten, nicht wettbewerbsfähigen Preisen und zudem dazu führe, dass sich Arbeitende nicht mehr anstrengen. Arbeitnehmer*innen hingegen weisen darauf hin, dass wegen ihrer schwachen Verhandlungsposition und fehlenden Alternativen der Markt schlicht versage und der Staat eingreifen müsse, damit es nicht zur Verelendung breiter Bevölkerungsgruppen und massiven sozialen Konflikten komme. Die Geschichte der letzten 200 Jahre hat leidvoll gezeigt, dass dies so falsch nicht ist – und dazu geführt, dass der Vertragsfreiheit insbesondere hinsichtlich des Entgelts (Mindestlöhne) und der Arbeitszeit gewisse Grenzen gesetzt wurden. In den Details ist das freilich weiterhin äußerst umstritten, wie die aktuellen Diskussionen um eine Arbeitszeitverkürzung sehr gut zeigen.*

Dass diese gerade jetzt geführt werden, überrascht freilich nicht. Einerseits geht es um das Thema, inwieweit die Digitalisierung der Arbeitswelt nicht nur zu einer Reduktion der Arbeitsplätze führt, sondern auch wie die „digitale Prämie“, das heißt durch sie bewirkte Produktivitätsgewinne verteilt werden. Neben höheren Entgelten kann diese auch in Form von verkürzter Arbeitszeit bei einem gewissen Lohnausgleich (und damit letztlich wieder durch eine Erhöhung der Stundenlöhne) an die Arbeitenden weitergegeben werden.

Kürzere Arbeitszeiten führen aber auch dazu, dass nicht nur die gerade Arbeitenden von der Digitalisierung profitieren, sondern potenziell auch jene, die gerade ohne Arbeit sind. Und das führt zum zweiten Grund für die aktuelle Diskus-

sion: Die Covid-19-Pandemie und der daraus resultierende Einbruch des Wachstums führen zu einer massiv erhöhten Arbeitslosigkeit, die ohne Maßnahmen auch nicht so schnell wieder zurückgehen wird. Da liegt es nahe, die bestehenden Arbeitsmöglichkeiten auf mehr Menschen zu verteilen, indem die Arbeitszeit verkürzt wird.

*Das ist nicht neu, auf diesem Argument beruht die Einführung des 8-Stunden-Tages 1918 nach dem ersten Weltkrieg. Wesentlich ist dabei, dass nicht nur die Arbeitszeit verkürzt wird (das wäre dann eine „Zwangsteilzeit“ mit weniger Geld), sondern auch ein gewisser Lohnausgleich stattfindet, damit die Kaufkraft der einzelnen Haushalte nicht zurückgeht und die Inlandsnachfrage darunter leidet. Ebenso sollten auch Arbeitgeber*innen nicht zu sehr belastet werden – ein Ausgleich könnte daher auch zum Teil durch die öffentliche Hand erfolgen. Das geht nicht nur durch Transfers, sondern auch durch eine Steuerentlastung, wie sie soeben ohnehin, aber ohne zusätzliche Bedingungen stattfindet. Zudem kann die Arbeitszeitreduktion auch schrittweise erfolgen, sodass die jährlichen Lohnerhöhungen diese entsprechend berücksichtigen können. Auch das ist nicht neu, sondern wurde so auch bei der Einführung der 40-Stunden-Woche in den 1970er-Jahren gemacht.*

*Das Argument, dass eine staatlich geförderte Arbeitszeitreduktion keine Auswirkungen auf die Arbeitslosigkeit habe, stimmt übrigens nicht. Keine*r bestreitet, dass die Covid-19-Kurzarbeit (auch eine staatlich finanzierte Arbeitszeitverkürzung) einen noch weitergehenden Anstieg der Arbeitslosigkeit vermeidet. Sie ist aber nur eine Übergangsmaßnahme, und es ist an der Zeit, diese in eine nachhaltige Arbeitszeitverkürzung für alle überzuleiten und auch so einen Beitrag für eine Reduktion der Arbeitslosigkeit zu leisten.*

Arbeit schützt vor Armut nicht

Ein Beitrag zur Debatte um Arbeitslosigkeit und Arbeit seitens der Österreichischen Armutskonferenz

Die gegenwärtigen und erwartbaren wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Corona-Krise machen die Notwendigkeit alternativer Arbeits- und Einkommensmodelle einmal mehr deutlich. „Menschen mit Armutserfahrungen und Organisationen und Aktivist*innen, die gemeinsam mit diesen seit Jahren Armut, Ausgrenzung und Ungleichheit bekämpfen, haben hier einen Startvorteil. Denn die Suche nach guten Lösungen für Menschen, die von Arbeitslosigkeit und/oder zu niedrigem Einkommen betroffen sind, ist für uns nicht neu“, meint **MICHAELA MOSER** von der Österreichischen Armutskonferenz - hier ihr Beitrag.

Dass Arbeit am besten vor Armut schützt, gehört zu den beliebtesten Ansichten, wenn es um die Bekämpfung von Armut geht. Allerdings verfehlt diese Annahme konkrete Realitäten auf mindestens zweifache Weise.

Zum einen wird die Situation von Working Poor – also Menschen, die trotz Arbeit arm sind - übergangen, zum anderen verengt sie den Arbeitsbegriff auf Erwerbsarbeit und ignoriert dabei die große Zahl jener Menschen, mehrheitlich Frauen, die aufgrund der Übernahme unbezahlter Sorge-Tätigkeiten in Armut geraten.

Mythen aufdecken

Generell wird gerade jetzt deutlich, wie sehr gängige Meinungen, vor allem zum Verhältnis von Arbeit und Einkommen von Mythen und damit von Falschannahmen durchzogen sind. Drei davon sind besonders gegenwärtig.

1. Der Mythos der Autonomie

„Wer Hilfe braucht, bekommt sie“ lautete ein Slogan der deutschen Bundesregierung bei der Einführung von „Hartz IV“. Ähnliche Töne waren in den letzten Monaten auch bezüglich Unterstützung für durch die Corona Krise getroffene Arbeitnehmer*innen und Unternehmen zu hören, auch wenn mittlerweile klar ist, dass die versprochene Gelder in vielen Fällen nur zögerlich oder gar nicht ankamen.

Deutlich geworden ist jedenfalls, was wir alle ohnehin aus Erfahrung wissen, dass wir immer wieder in unserem Leben von der Fürsorge und Unterstützung anderer abhängig sind. Niemand kann gänzlich für und aus sich allein ein gutes Leben führen. Das ist spätestens in den letzten Monaten wohl vielen deutlicher geworden. Und damit ist womöglich die Chance für mehr Verständnis für jegliche Art der Hilfsbedürftigkeit gewachsen, und auch die Einsicht, dass gegenseitige Unterstützung nicht abhängig machen muss, sondern im Gegenteil Freiheit fördern kann.

2. Der Mythos der Erwerbsarbeitsgesellschaft

„Sozial ist, was Arbeit schafft“, gilt auch als Motto für aktuelle Maßnahmen wie Kurzarbeitsprogramme oder Unternehmens-Subventionen. Dabei geht es darum, Menschen möglichst immer in Erwerbsarbeit zu halten oder zu bringen.

Ansprüche an Qualität und Gestaltung von Arbeitsplätzen werden der Einstellung: „Hauptsache Erwerbsarbeit“ geopfert. Die Frage nach den negativen Folgen von Abhängigkeit und den Einschränkungen menschlicher Freiheit steht gar nicht erst zur Diskussion, genauso bleibt die jahrzehntelang von Feministinnen vorangetriebene Caredebatte und damit un- oder schlecht bezahlte Sorgetätigkeiten geflissentlich ausgespart, es sei denn, es geht um die Erschließung neuer Erwerbsar-



Michaela Moser: „Was es braucht, ist also ein radikales Umdenken, das einen erweiterten Arbeitsbegriff stärkt und Arbeiten neu verteilt, existenzsicherndes Einkommen für jede Erwerbsarbeit, aber auch jenseits von dieser sichert und das Care-Aktivitäten und damit das wechselseitige Sorgen füreinander und als Gesellschaft ins Zentrum stellt“. **Foto:** LUIZA PUTU

INFO:

Michaela Moser ist Dozentin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Ilse Arlt Institut für soziale Inklusionsforschung der FH St. Pölten und seit vielen Jahren in der Armutskonferenz engagiert.

Weitere Details zu den angeführten Vorschlägen finden sich auf der Website der Armutskonferenz www.armutskonferenz.at

beitsplätze im Dienstleistungsbereich. Auf gleiche Weise ignoriert man auch andere gesellschaftlich notwendige Tätigkeiten, z.B. im Umweltbereich, sowie die bereits oben genannten Working Poor, deren Erwerbseinkommen nicht für ein würdiges Leben reicht.

Dass längere Arbeitszeiten bei ohnehin knappem Angebot an Arbeitsplätzen die Situation weiter verschärfen statt entlasten, kann zwar bereits ein Grundschulkind berechnen. Der naheliegende Vorschlag der Arbeitszeitverkürzung als Ausweg aus der Krise wird aber geflissentlich ignoriert. Dabei ist gerade jetzt offensichtlich, dass wir grundlegende Veränderungen hinsichtlich des Verständnisses, der Verteilung und notwendig zu definierenden Qualitätsdimensionen von Arbeit brauchen.

3. Der Leistungsmythos

Am hartnäckigsten hält sich der Leistungsmythos. Dabei zeigen exorbitant hohen Finanzmarktgewinne, dass die Annahme, Geld gebe es nur für Leistung, nicht stimmt. Gleichzeitig lassen sich unzählige Beispiele dafür nennen, dass vieles ohne den Anreizfaktor Geld geleistet wird.

Den nachhaltigsten „Beweis“ dafür liefern ohnehin die Millionen Hausfrauen und (noch) wenigen Hausmänner und die zahllosen engagierten Freiwilligen in sozialen Organisationen und in den Kirchen. Sie zeigen auch, dass Konzepte wie das bedingungslose Grundeinkommen, nicht automatisch zum Nichtstun (ver-)führen würden.

Radikal umdenken, System verändern, konkrete Maßnahmen setzen

Was es braucht, ist also ein radikales Umdenken, das einen erweiterten Arbeitsbegriff stärkt und Arbeiten neu verteilt, existenzsicherendes Einkommen für jede Erwerbsarbeit, aber auch jenseits von dieser sichert und das Care-Aktivitäten und damit das wechselseitige Sorgen füreinander und als Gesellschaft ins Zentrum stellt.

Weil ein derartiger Umbau jedoch einige Zeit und weiterhin langen Atem braucht, ist es wichtig, gleichzeitig auch am bestehenden System anzusetzen.

Hier muss vor allem die Sozialhilfe substantiell verbessert und zu einer Mindestsicherung ausgebaut werden, die allen, die hier leben zugänglich

ist und Existenz, Chancen und Teilhabe gleichermaßen sichert. Für Kinder und Eltern braucht es zudem die Einführung einer Kindergrundsicherung und die Reformierung des Unterhaltsrechts, für erste Schritte in Richtung eines neuen Arbeitsverständnisses alternative arbeitsmarktpolitische Programme.

Zusätzlich braucht es u.a. mehr sozialen Wohnbau, Maßnahmen zur Reduzierung von Bildungsungleichheit, eine wirkliche Ausbildungsgarantie für Jugendliche, Maßnahmen der Gewaltprävention und ausreichend Ressourcen für Beratungseinrichtungen.

Höchste Zeit ist es, dass der im Regierungsprogramm versprochene Unterausschuss „Armutsbekämpfung“ im Parlament seine Arbeit aufnimmt und dabei auch direkt auf die Analysen und Vorschläge von Menschen mit Armutserfahrungen zurückgreift.

Last but not least gilt es im Jubiläumsjahr der österreichischen Verfassung soziale Menschenrechte auch dort zu verankern.

KAB Steiermark gedenkt Bischof Johann Weber

Zum Tod eines, der den Menschen in der Arbeitswelt eng verbunden war

Am 23.5.2020 ist Altbischof Johann Weber verstorben. Er war ein sehr beliebter und volksnaher Bischof in der Steiermark. Ein besonderes Vorbild für ihn war Josef Cardijn, der Gründer der Katholischen Arbeiter*innenjugend. Als Kaplan war Bischof Weber unter anderem als Diözesanseelsorger der Arbeiter*innenjugend in Kapfenberg und Köflach tätig. Selbst als aktiver Bischof war er den Menschen in der Arbeitswelt stets verbunden.

Die KAB Steiermark, die Pfarre Graz-Andritz und ehemalige Weggefährt*innen von Bischof Weber planen einen "Gedenknachmittag für Bischof Weber". Aufgrund der Corona-Pandemie wird er zu einem noch zu bestimmenden Termin im Jahr 2021 stattfinden. *Michaela Penz*



FOTO: GERD NEUHOLD

Grundeinkommen – ein Gebot der Stunde?

Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit steigern die Attraktivität einer seit langem diskutierten Alternative

Mit der Corona-Pandemie gewinnt eine gesellschaftspolitische Richtungsforderung erneut Aufmerksamkeit: „das“ Grundeinkommen. Sogar der Papst habe sich für ein Grundeinkommen ausgesprochen, war in den Medien zu lesen, von der geplanten Einführung eines Grundeinkommens in Italien und Spanien ist die Rede, unterschiedlichste Modelle stehen zur Debatte. **MARKUS BLÜMEL**, Grundeinkommens-Experte der Katholischen Sozialakademie Österreichs, bietet einen Überblick über Debatten, Modelle und Erfahrungen.

Ein Grundeinkommens-Volksbegehren in Österreich sucht derzeit Unterstützer*innen und hat bisher mehr als 44.000 Unterstützungserklärungen beisammen. Ende September 2020 startete zudem eine Europäische Bürger*innen-Initiative zum bedingungslosen Grundeinkommen. Diese Initiativen wurden freilich schon lange vor „Corona“ auf den Weg gebracht. Die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens sollte besser auch keine Geburt aus einer Notsituation heraus sein. Das Ziel des bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) ist viel größer als Armutsbekämpfung: es geht um „wirkliche Freiheit“ für alle, sich an der Gestaltung der Verhältnisse, der konkreten Erwerbsarbeitsbedingungen und der Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit zu

beteiligen. Das beginnt damit, auch einmal „nein“ sagen zu können, wenn z.B. Arbeitsbedingungen mies sind. Und soll dazu führen, „in Freiheit tätig zu sein“: Erwerbsarbeit und unbezahlte Tätigkeiten so kombinieren zu können, wie Frau und Mann das möchte.

Grundeinkommen versus Grundsicherung

Wo „Grundeinkommen“ draufsteht, ist nicht immer ein „bedingungsloses“ oder „garantiertes“ Grundeinkommen drin. Da wäre die treffendere Bezeichnung „Grundsicherung“ – ein Sammelbegriff für unterschiedliche soziale Maßnahmen, in der Regel „bedarfsgesprüft“, eng an Erwerbsarbeit gekoppelt und – was die Höhe betrifft – oftmals unter der Armutsgefährdungsschwelle, wie z.B. die „Neue Sozialhilfe“ oder auch die frühere BMS (Bedarfsorientierte Mindestsicherung). Ein solches (eben nicht bedingungsloses) Grundsicherungsmodell hat etwa Italien eingeführt. Für Italien, wo es bisher nichts der österreichischen Sozialhilfe/Mindestsicherung Entsprechendes gab,

wird die Einführung des „reddito di cittadinanza“ von Sozialexpert*innen als Fortschritt gesehen. Für Deutschland wurde eben ein erstes Pilotprojekt zur Untersuchung der möglichen Wirkungen eines bedingungslosen Grundeinkommens lanciert, finanziert über crowdfunding. Nach diesem Vorbild soll es auch schon bald ein Experiment europaweit geben. An einem Pilotversuch in Finnland nahmen Erwerbslose teil und erhielten ein „partielles“ Grundeinkommen in der Höhe von lediglich 560 Euro. Ein Grundeinkommens-Projekt in Heidenreichstein im Waldviertel, organisiert von der Betriebsseelsorge und unterstützt vom AMS, ermöglichte es den langzeiterwerbslosen Teilnehmer*innen, 20 Monate lang, „sinnvoll tätig“ zu sein – ohne Wege zum AMS, ohne Bewerbungen, ohne Sorge um den Bezug.

Für Initiativen und Organisationen, die sich in Österreich für ein bedingungsloses Grundeinkommen einsetzen, müssen zumindest vier Kriterien erfüllt sein, um von einem bedingungslosen Grundeinkommen sprechen zu können: bedingungslos, universell, personenbezogen, existenz- und teilhabesichernd.

Die Katholische Soziallehre und das Grundeinkommen

Was spricht eigentlich aus Sicht der Katholischen Soziallehre für ein „bedingungsloses Grundeinkommen“?



MARKUS BLÜMEL

ist seit 1998 Politischer Erwachsenenbildner und Grundlagenarbeiter bei der Katholischen Sozialakademie Österreichs und langjährig in der Allianz für den freien Sonntag engagiert.

FOTO: JULIAN MULLA

Magdalena Holztrattner und Margit Appel haben in einem gleichnamigen Artikel „relevante Aspekte der Katholischen Soziallehre und die Idee des Grundeinkommens“ beleuchtet, erschienen im von der KAB Deutschland herausgegebenen Band „Zur Freiheit berufen. Christen für ein Grundeinkommen“ (2019). Die Autorinnen führen im Besonderen die Aspekte Selbsterhaltungsfähigkeit, Subsidiarität, vorrangige Option für die Armen sowie Würde und Freiheit ins Treffen.

Mehr als ÜBERleben

Selbsterhaltungsfähigkeit: Soziale Sicherheit, die am Prinzip der Selbsterhaltungsfähigkeit orientiert ist, gibt sich nicht bloß mit einem ÜBERleben zufrieden, d.h. Menschen sollen sich selbst helfen und eigenständige Handlungsoptionen entwickeln können. Ein bedingungsloses Grundeinkommen würde dafür die notwendige Verlässlichkeit herstellen, indem ein die Existenz und die Teilhabe sichernder finanzieller Betrag der einzelnen Person (individuell, personenbezogen – und nicht dem Haushalt zugerechnet) ausbezahlt würde – ein Leben lang.

Subsidiarität

Im Sinne der Katholischen Soziallehre enthält das Subsidiaritätsprinzip ein Hilfsgebot und auch ein Gebot der „Nicht-Einmischung“. Letzteres kann am Beispiel des Wegs der „Aktivierung Arbeitsloser“ genauer betrachtet werden. Eine solche „Aktivierung“ mutet – so die Autorinnen bezugnehmend auf den Wirtschaftsethiker Sebastian Thieme – Erwerbslosen nicht selten ein beträchtliches Ausmaß an Umgestaltung ihres Lebens zu und greift erheblich in ihre Autonomie ein. Solchen Einschränkungen individueller Autonomie könnte mit einem bedingungslosen Grundeinkommen ein Riegel vorgeschoben werden.

Vorrangige Option für die Armen

Die Nutzung von Chancen eng an Erwerbsarbeit und das damit zu erzie-

lende Einkommen zu knüpfen, verwehrt vielen Menschen die Möglichkeit, sich frei und selbstbestimmt als mündige Bürger*innen in gesellschaftliche Prozesse einzubringen und sich ganzheitlich zu entfalten. Die Auszahlung des Grundeinkommens in existenz- und teilhabesichernder Höhe – und zwar bedingungslos – würde einen solchen Raum der Freiheit, der sozialen Sicherheit und der Entfaltungsmöglichkeiten aufmachen. Niemand wäre mehr darauf angewiesen, aus Not jeden Job um jeden Preis annehmen zu müssen, um das Leben zu fristen.

Würde und Freiheit

Isolde Charim (2017) analysiert, dass bei den üblichen Einwänden gegen ein BGE meist die Auseinandersetzung mit dessen Freiheits- und Gerechtigkeitsversprechen unterbleibe. Bereits Büchele und Wohlgenannt (1985) haben jedoch genau dieses Anliegen adressiert, wenn sie schreiben: „In gesellschaftlichen Verhältnissen, die Ungerechtigkeit, Elend und Not produzieren, genügt es nicht, durch Caritas diese Not zu lindern, es kommt darauf an, durch gerechte Gesetze dem Unrecht und dem Elend vorzubeugen, sie strukturell zu verhüten. Der Grund der Gerechtigkeit ist die Anerkennung der Würde des Menschen und seiner Freiheit.“

Debatten in den Kirchen

Die Diskussion über ein Grundeinkommen ist längst auch in den Kirchen angekommen. Jüngste Belege dafür sind Erklärungen des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich und der Österreichischen Bischofskonferenz. Der Vorstand des ÖRKÖ plädierte am 20.5.2020 angesichts der Corona-Pandemie und mit Bezugnahme auf das Ökumenische Sozialwort für eine „Grundsicherung für alle“. Die römisch-katholischen Bischöfe schreiben in ihrem Pfingsthirtenwort: „Für den Weiterbau des Sozialfundamentes unseres Landes ist zu überlegen, welche neuen Formen sozialer Siche-

rung in Notzeiten Einzelunternehmer oder auch Kunst- und Kulturschaffende brauchen. Ob ein erwerbsunabhängiges Grundeinkommen ein sinnvoller Weg ist, muss diskutiert werden. Die voranschreitende Digitalisierung macht ein neues Ausverhandeln der Verteilung von vorhandener Arbeit und die Sicherung von Lebensunterhalt ohnehin schon längst notwendig.“ Wir dürfen auf die weitere inhaltliche Diskussion gespannt sein.

INFO

In Österreich gelten vier Kriterien für ein „Bedingungsloses Grundeinkommen“:

Bedingungslos soll die von uns geforderte Grundsicherung deshalb sein, weil wir in einem Grundeinkommen ein Bürger*innenrecht sehen, das nicht von Bedingungen (Arbeitszwang, Verpflichtung zu gemeinnütziger Tätigkeit, geschlechterrollenkonformes Verhalten) abhängig gemacht werden kann.

Universell soll das Grundeinkommen sein, weil es nicht diskriminierend sein soll. Es soll also jeder und jedem zugute kommen, der/die auf Dauer in einem bestimmten Land lebt. In der Festsetzung der Höhe des Grundeinkommens unterscheiden wir zwischen Kindern/Jugendlichen und Erwachsenen.

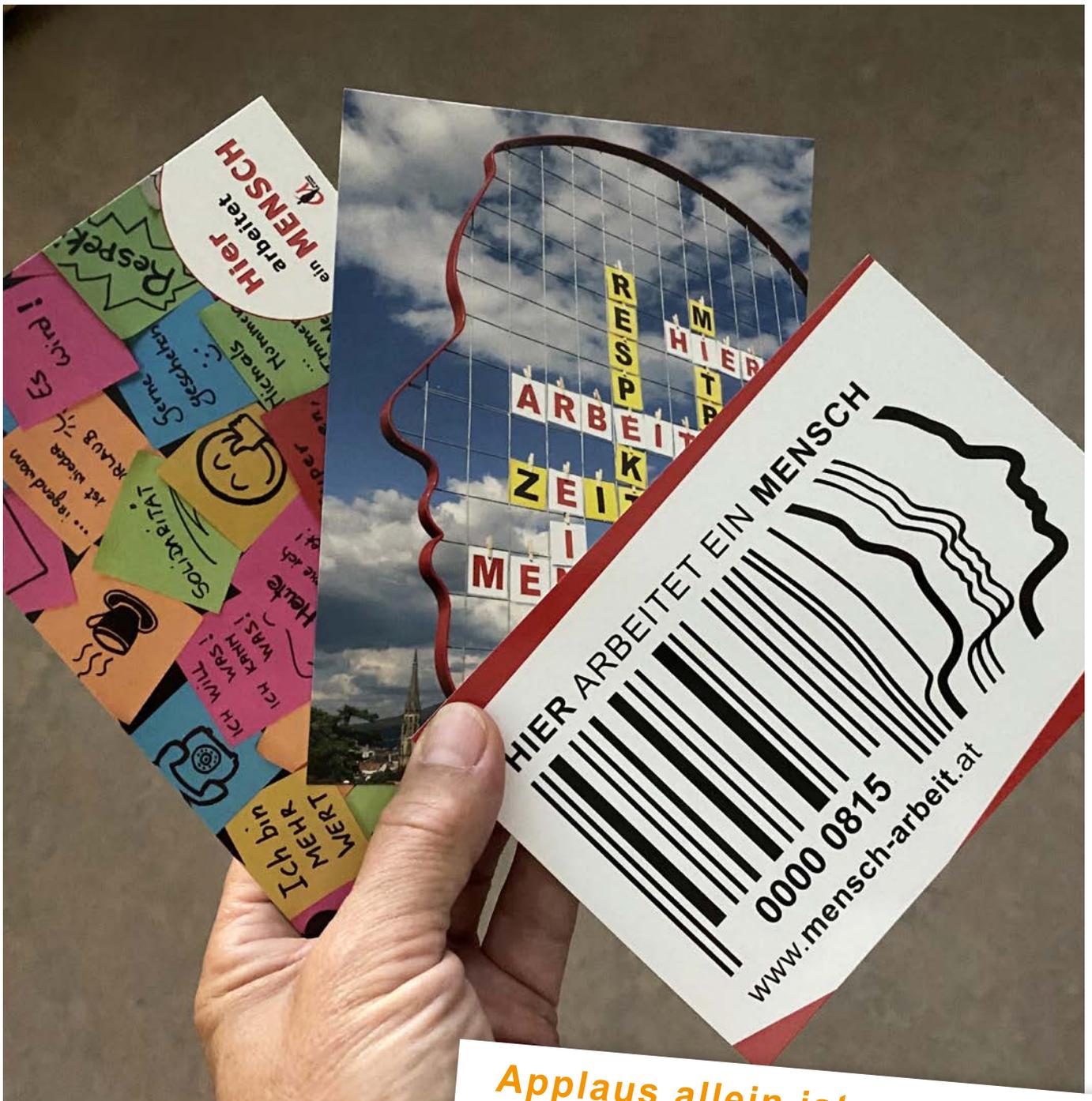
Personenbezogen. Als Bürger*innenrecht steht Grundeinkommen einer jeden Person zu und darf nicht abhängig gemacht werden von der Einkommens- oder Vermögenssituation eines Familienmitgliedes oder einer Mitbewohner*in.

Existenzsichernd. Grundeinkommen soll eine echte Teilhabe (materiell, sozial, kulturell) am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Daher muss es auch in existenzsichernder Höhe ausgezahlt werden.

Quelle: Netzwerk Grundeinkommen und sozialer Zusammenhalt – B.I.E.N. Austria

VOLKSBEGEHREN GRUNDEINKOMMEN 2021

Jetzt Unterstützungserklärung abgeben:
<https://www.volksbegehren-grundeinkommen.at/p/unterzeichnen.html>



„Applaus ist zu wenig“: Vor dem Hintergrund der Corona-Krise hat die Katholische ArbeitnehmerInnen-Bewegung heuer zum „Tag für menschenwürdige Arbeit“ am 7. Oktober im Rahmen ihrer Karten-Aktion Beschäftigte in sogenannten „systemrelevanten Berufen“ in den Mittelpunkt gestellt.

Applaus allein ist zu wenig!
FAIRE LÖHNE UND BEDINGUNGEN FÜR ALLE

7. Oktober
Welttag für menschenwürdige Arbeit

Einen guten Arbeitstag!

Applaus allein ist zu wenig!
FAIRE LÖHNE UND BEDINGUNGEN FÜR ALLE

KOMMENTAR

ZUR PERSON

Ulrike Hammerl, Pastoralarbeiterin in der Betriebsseelsorge, Treffpunkt mensch&arbeit Steyr

FOTO: PRIVAT



Was würde ich arbeiten, wenn es ein Grundeinkommen gäbe?

*Es lohnt sich, dieser Frage in einer ruhigen Minute nachzugehen auch dann, wenn man einen scheinbar sicheren Arbeitsplatz und ausreichend Einkommen hat. Wir haben aufgrund der Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie erlebt, dass auch scheinbar stabile Arbeitsplätze verloren gingen. Angeblich krisenfeste Branchen, wie die Metallverarbeitung, meldeten in Steyr ihre Mitarbeiter*innen zur Kurzarbeit oder zur Kündigung an. Veränderungen in den Produktionsbetrieben sind aufgrund neuer Technologien und der Digitalisierung unumgänglich. Einerseits entstehen dadurch neue Arbeitsplätze, andererseits gehen jedoch auch viele gute Einkommen verloren. Die Corona-Pandemie hat diese Entwicklung und somit den Abbau von Arbeitsplätzen beschleunigt. Welche Chancen haben jene Menschen, die von Kündigung betroffen sind? Wie können die verbleibenden Mitarbeiter*innen mit dem steigenden Arbeitsdruck umgehen?*

Eine Möglichkeit, Menschen zu entlasten und Wahlfreiheit zu schaffen, wäre ein Einkommen, das die Grundbedürfnisse abdecken kann. Diese Form der Existenzsicherung kann die komplexen Probleme unserer Welt sicherlich nicht lösen. Sie würde jedoch den Blick auf unsere Mitmenschen verändern. Wir würden einander wohl anders begegnen, wenn wir uns gegenseitig ein Grundeinkommen gönnen könnten, das von der Gemeinschaft finanziert wird.

*In Kooperation mit dem ÖGB Bildungsforum Steyr, der Bildungsstätte Dominikaner-Haus und der Regionalgruppe Attac Steyr organisiert der Treffpunkt mensch&arbeit seit acht Jahren eine Straßenaktion am Stadtplatz von Steyr. Der Anlass ist die „internationale Woche zum bedingungslosen Grundeinkommen“ im September. Wir sehen unsere Aktion als Möglichkeit, mit Passant*innen über gesellschaftspolitische Fragen ins Gespräch zu kommen. Das Grundeinkommen und die ungleiche Vermögensaufteilung in Österreich sind*

die Überschrift, Thema ist jedoch all das, was die Menschen einbringen.

Dabei erlebte ich ein berührendes Gespräch zwischen einem älteren Ehepaar. Beide standen vor der am Asphalt liegenden Bodenzeitung und unterhielten sich über die dort formulierten Fragen. Eine davon war auch: „Was würde ich machen, wenn ich ein Grundeinkommen bekommen würde? Die Frau dachte lange nach. Bevor sie jedoch ihre eigene Antwort aussprechen konnte, sagte ihr Mann zu ihr: „Du würdest sicherlich kochen wollen. Du hast ja immer so gerne für unsere Familie gekocht.“ Prompt folgte die Antwort der Frau: „Niemals würde ich kochen, ich habe das nie gerne gemacht.“ Nach einer kurzen Nachdenkpause sagte sie: „Ich wäre gerne Gärtnerin geworden, wenn ich die Möglichkeit dazu gehabt hätte.“ Es war deutlich zu sehen, dass diese Antwort nicht nur ihren Mann, sondern auch sie selbst überrascht hat.

Was würden Sie machen, wenn Sie ein Grundeinkommen bekommen würden?

Diese Frage stellte ich auch einer jungen Frau, die sich am Gemüsestand neben unserer Straßenaktion anstellte. Ihre Antwort lautete: „Ich würde genau dasselbe wie jetzt arbeiten, nur eben weniger Stunden, damit ich für die Betreuung meiner Tochter mehr Zeit habe“.

„Ich würde meinen Arbeitsplatz mit einem Kollegen teilen, damit dadurch noch jemand die Chance auf einen guten Job hat“, war die Antwort eines älteren Mannes.

Ein Grundeinkommen könnte ebenso Freiraum schenken, um die Betreuung der pflegebedürftigen Eltern übernehmen zu können.

Es gibt viele Antworten auf diese Frage, und es ist gut, sie sich hin und wieder zu stellen. Diese Frage kann uns zeigen, wohin es uns zieht, was uns im Leben wichtig ist und welche unserer Talente vielleicht noch mehr gelebt werden möchten.

Straßenaktion im Rahmen der „Woche des bedingungslosen Grundeinkommens“ am Stadtplatz in Steyr

FOTO: CHRISTIAN STAFFELMAYR



Koste es, was es wolle

„Lost Generation“: Die Gewerkschaftsjugend im Kampf gegen eine historische Jugendarbeitslosigkeit

Ende August dieses Jahres befindet sich die Jugendarbeitslosigkeit in Österreich noch immer auf einem historischen Höchststand: knapp 40.000 junge Menschen unter 25 haben zu diesem Zeitpunkt keinen Job, rund 62.000 sind es, wenn man jene dazurechnet, die sich in Schulungsmaßnahmen des AMS befinden. 10.000 Lehrstellensuchenden stehen 7.000 offene Stellen gegenüber. Die Österreichische Gewerkschaftsjugend kampagnisiert seit Mai unter dem Motto „Lost Generation“. ZeitZeichen hat mit **SUSANNE HOFER**, Bundesjugendvorsitzende der Gewerkschaft der Privatangestellten-djp, darüber gesprochen, was sich seither getan hat und was die gegenwärtige Situation bedeutet und erfordert.

ZZ: Was, Frau Hofer, macht es mit Jugendlichen bzw. jungen Menschen, sich einer derartigen Situation am Arbeitsmarkt gegenüber zu sehen?

SH: Es ist enorm schwierig, wenn man beim Start ins Berufsleben derart unter Druck steht: man will beitragen, arbeiten, gestalten und kann nicht oder nur unter schwierigsten Bedingungen. Man braucht Bestnoten, weil der Wettbewerb schärfer wird, es hagelt Absagen, der Lehrbetrieb wird insolvent, die Ausbildung ist unterbrochen - dieser Druck erzeugt Angst, macht niedergeschlagen. Studien zeigen, dass die Gefahr von Depressionen steigt. In Griechenland etwa ist die Suizidrate angesichts der fatalen Lage am Arbeitsmarkt in die Höhe geschossen. Aus wirtschaftlicher Sicht muss man sagen: es wäre viel billiger, jetzt in Ausbildung und Jobgarantie zu investieren, als später für die sozialen Kosten aus dieser Misere aufzukommen. Es hat schon vor Corona einen Fachkräftemangel gegeben. Wenn wir jetzt nicht ausbilden, wird der Mangel riesig sein. Und das wird dem Wirtschaftsstandort Österreich schaden.

ZZ: Wirtschaftskrisen, hat die Geschichte gezeigt, haben junge Menschen immer stärker betroffen als andere Gruppen am Arbeitsmarkt. Das zeigt sich also auch jetzt?

SH: Wir sehen jetzt schon die Verzweiflung. Krisen verschwinden ja nicht einfach spurlos. Die Wirtschaftskrise von 2008 ist nicht überwunden, und das Problem, das Corona auf dem Arbeits-

markt verursacht hat, wird nicht erledigt sein, wenn es einen Impfstoff gibt. Krisen wirken über ihre Zeit hinaus, der Entgang von Einkommen schlägt sich nieder und hat Konsequenzen auf Jahre hinaus. Jugendliche bzw. junge Menschen treffen Krisen schon alleine deswegen härter, weil sie, die noch nicht lang im Betrieb sind, meist die ersten sind, die gekündigt werden, sobald der Betrieb in Schwierigkeiten gerät.

ZZ: Die Corona-Krise hat besonders starke Auswirkungen auf die Gastronomie und die Tourismusbranche. Dort, hat die Gewerkschaftsjugend bereits im

Frühjahr gewarnt, wird ein besonders großer Lehrstellenmarkt wegbrechen.

SH: Wir sehen definitiv, dass es im Tourismusbereich schwer ist, Lehrstellen zu finden, es ist auch für Saisonarbeiter*innen schwer. Corona hat eine ohnehin schon angespannte Situation noch verschlimmert. Es hat schon vor Corona großer Nachholbedarf geherrscht, was Arbeits- und Lehrausbildungsbedingungen in dieser Branche betrifft. Jährliche Umfragen im Rahmen des Lehrlingsmonitors zeigen die immer gleichen Missstände auf: Jugendliche müssen unerlaubte Überstunden machen, ausbildungsfremde Tätigkeiten...

OG

**ICH BIN
DIE JUGEND
OHNE JOB.**

10.000e Jugendliche sind durch die Corona-Krise ohne Jobs. Geben wir ihnen die Zukunft zurück.

Schaffen wir Lehrstellen!

jugendohnejob.com

„Lost Generation“: Ein Inserat als Teil der Kampagne der Gewerkschaftsjugend. Außerdem hat der Rapper Dalbosco einen Song dazu gemacht: <https://www.youtube.com/watch?v=7FXSWcrrbck>

FOTO: ÖGB

ZZ: Die Gewerkschaftsjugend hat ein umfangreiches Paket an Maßnahmen vorgelegt, die notwendig wären, um im Bereich der Lehrausbildung Schritte aus der gegenwärtigen Misere zu setzen. Im Mai wurde das Paket vorgelegt. Was ist bisher geschehen?

SH: Leider hat es die Regierung offenbar nicht für notwendig gehalten, die nötigen Schritte zu tun. Einige überbetriebliche Lehrstellen wurden zwar aufgestockt, jedoch nur in Wien. Die Lehrstellenlücke erstreckt sich aber über ganz Österreich. Dazu kommt, dass viele Jugendliche in einem Betrieb lernen wollen. Daher rufen wir in erster Linie Betriebe auf, Lehrstellen anzubieten – das hätte seitens der Politik gestützt und sichergestellt werden müssen. Es wurde zwar ein Lehrlingsbonus in der Höhe von 1000 – 3000 Euro für Betriebe, die ausbilden, eingeführt. Der Bonus wird nach dem Gießkannenprinzip vergeben und ist nicht ausgerichtet auf Betriebe, die ihn wirklich brauchen, um ausbilden zu können, weil sie – etwa infolge Corona – zu wenig Ressourcen haben. Der Bonus ist im Übrigen zu niedrig, um solchen Betrieben wirklich helfen zu können.

Was noch passiert ist: die Regierung hat eine task force für Lehrausbildung gegründet mit Vertreter*innen aus Wirtschafts-, Arbeits- und Bildungsministerium, die Betroffenen selbst aber außen vor gelassen. Bis heute hat diese task force keine Maßnahmen getroffen oder Ergebnisse ihrer Arbeit vorgelegt. Und jetzt, im September, hat das Ausbildungsjahr gestartet.

Wir haben dazu aufgefordert, dass der Bund, also Staat und staatsnahe Betriebe mehr Lehrlinge ausbilden sollen. Allein die Stadt Wien hat einen riesigen Schritt gemacht und ihre Lehrstellen verdoppelt, sie ist Vorbild, investiert und garantiert auch jedem Lehrling einen Job nach der Lehre. Niederösterreich hat Absichtserklärungen in diese Richtung erklärt. Der Bund könnte auch in Gemeinden investieren, viele wür-

den Lehrlinge ausbilden, haben aber nicht ausreichend Mittel: das gehört gefördert.

Was wir als Gewerkschaftsjugend für die jungen Menschen am Arbeitsmarkt wollen, ist die Einlösung jener Zusage, die Bundeskanzler Kurz im Frühjahr gemacht hat: als Regierung anzukämpfen gegen Arbeitslosigkeit, „koste es, was es wolle“.

Interview: Elisabeth Ohnemus

INFOS:

Forderungs-/Maßnahmenpaket der Gewerkschaftsjugend vom Mai 2020:

- Aufstockung der Ausbildungsplätze in staatlichen und staatsnahen Betrieben
- Schaffung eines Corona-Not-Ausbildungsfonds, dotiert mit 140 Millionen Euro zur Unterstützung von Betrieben, die trotz Corona bedingter wirtschaftlicher Schwierigkeiten Lehrlinge ausbilden wollen
- Erhöhung der Finanzmittel für die überbetriebliche Lehrausbildung und Aufstockung der überbetrieblichen Lehrstellen
- Anreize für große Ausbildungsbetriebe, über Bedarf auszubilden
- Reform des Bestbieterprinzips für staatliche Ausschreibungen mit stärkerem Augenmerk auf die Lehrausbildung



Susanne Hofer: „Aus wirtschaftlicher Sicht muss man sagen: es wäre viel billiger, jetzt in Ausbildung und Jobgarantie zu investieren, als später für die sozialen Kosten aus dieser Misere aufzukommen“.

FOTO: ÖGB

IMPRESSUM

Medieninhaberin (Verlegerin):

Katholische Arbeitnehmer - Bildungs- und Hilfswerk Österreich, 1010 Wien, Spiegelgasse 3/2/6

Herausgeberin: Katholische ArbeitnehmerInnen Bewegung Österreich, Spiegelgasse 3/2/6, 1010 Wien; 0664/6217198, kab.office@kaoe.at

Geschäftsführerin:

Mag.^a Gabriele Kienesberger

Chefredakteurin:

Mag.^a Elisabeth Ohnemus

Redaktionsteam:

Mag.^a Gabriele Kienesberger, Philipp Kuhlmann, Mag.^a Anna Wall-Strasser

Verwaltung/Anzeigen:

Mag.^a Gabriele Kienesberger

Layout: Karin Weiß, weisskarin@gmx.at

Lektorat: Mag.^a Wilhelmine Deschberger, Brigitte Helm

Hersteller und Expedit:

Druckerei Wograndl/Mattersburg, Verlagsort Mattersburg

Bankverbindung: Schelhammer & Schattera, BIC: BSSWATWW
IBAN: AT93 1919 0000 0012 0659

Hinweis: Interessiert an einer Anzeige in ZeitZeichen? [Informationen über Anzeigengrößen und -preise erhalten Sie im Büro der KABÖ.](#)

Hands on

Mentor*innen coachen Jugendliche auf ihrem Weg ins Berufsleben

Hands on Mentoring ist ein Mentoring Programm für junge Arbeitsuchende zwischen 14 und 25 Jahren, die bei der Arbeits- und Lehrstellensuche von ehrenamtlichen Mentor*innen einmal pro Woche bis zu einem Jahr unterstützt und begleitet werden. ZeitZeichen fragte bei der Geschäftsführerin und Sozialpädagogin **EVA ROSEWICH** Details nach.

ZZ: Seit wann gibt es Hands on?

ER: Das Projekt wurde von der Katholischen Aktion der Erzdiözese Wien gemeinsam mit dem Integrationshaus und der Caritas Fachbereich Arbeit und Chance im Februar 2016 initiiert. Seit September 2016 ist der Verein „Kirche und Arbeitswelt Hands on“ Träger des Projekts und durch den Vereinsvorsitzenden Philipp Kuhlmann eng mit der KAB verbunden. Die Mentorinnen und Mentoren kommen aus dem oberen und mittleren Management, sind ausgezeichnet vernetzt und unterstützen Jugendliche, sich in den österreichischen Arbeitsmarkt zu integrieren.



Mentorin Ines Volpert und Mentee Muse. Muse hat im September eine Lehre als Elektrotechniker begonnen.

ZZ: Wie arbeiten die Mentor*innen?

ER: Die Aufgaben für die Mentor*innen sind vielfältig und umfassen u.a. Klärung des Berufsbildes und der Erwartungshaltung, Begleitung im Bewerbungsprozess, Sozialisierung und Wertevermittlung in die österreichische und europäische Gesellschaft, Hinführung in die Arbeitswelt, Aufzeigen von Chancen und Möglichkeiten,

aber auch von Aufgaben und Pflichten, Aufbau von sozialen Kontakten und Vernetzung in die Gesellschaft, sowie Unterstützung bei Krisen und Frustrationserlebnissen privater, rechtlicher und beruflicher Art. Meist geben die Jugendlichen ganz gut vor, was sie brauchen, da ist dann seitens der Mentor*innen Reflexion gefragt.

ZZ: Wer kommt zu Hands on?

ER: Hands on arbeitet mit jungen Menschen, die seit 2015 wegen Krieg oder wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit in ihrem Heimatland nach Österreich gekommen sind und integriert diese weiter in den Arbeitsmarkt. Es wird bewusst auf einen kleinen, persönlichen Rahmen mit hoher Qualität gesetzt. Nach Deutschkursen und Pflichtschulabschluss kommen zu Hands on vorwiegend Mädchen und Burschen mit Migrationshintergrund aus Afghanistan, Syrien, Iran, Bosnien, Jordanien, Tschechien, Serbien oder Kroatien. Aber auch viele Österreicher*innen finden nach absolviertem Pflichtschulabschluss ihren Weg zu Hands on Mentoring und werden unterstützt und begleitet.

ZZ: Die Arbeitslosigkeit in Österreich befindet sich derzeit auf einem Höchststand. Wie wirkt sich das unter jungen Menschen und in der Arbeit von „Hands on“ aus?

ER: Durch die Corona-Pandemie ist die Arbeitslosigkeit aktuell auf dem Höchststand, was besonders junge Menschen trifft. Daher erlebt auch Hands on aktuell einen großen Zulauf seitens der Jugendlichen, aber auch die Bereitschaft zum freiwilligen und unbezahlten Engagement seitens der Men-

tor*innen ist gestiegen. Sieben neue Mentorinnen und Mentoren haben sich binnen zwei Wochen gemeldet. Sie sind bereit, zumindest sechs Monate lang 1,5 Stunden pro Woche einem jungen Mentee zu widmen.

ZZ: Wir arbeitet „Hands on“ konkret während der Corona-Krise?

ER: Während des Lockdowns haben wir alles auf E- und Online Mentoring umgestellt und konzentrierten uns auf Entlastungsgespräche und Life-Coaching. Auch für mich war es eine Umstellung alles am Telefon und Online zu machen. Ein erstes Stimmungsbild zeigt: alle bemühten sich und es ging erstaunlich gut. Klar taten sich die bestehenden Mentoringpaare beim Umstieg leichter. Ich selbst musste dann plötzlich Menschen vermitteln (wir nennen das Matching), ohne sie jemals gesehen zu haben. Aber ich hatte gewinnende, mitreißende und tatkräftige Mentor*innen am Hörer, zwei davon erst Mitte 20. Da war ich mir sicher, dass sie es auch am Telefon schaffen werden, einen Jugendlichen zu begeistern.

Interview: Gabriele Kienesberger

KONTAKT:

DSP Eva Rosewich, Geschäftsführerin
Währingerstraße 2-4, 1090 Wien,
0676/7562215

HANDS ON

Mentoring für junge Arbeitsuchende
www.hands-on.wien

Interview mit Zoe Wolf, 18 Jahre, Mentee bei „Hands on“

ZZ: Wie bist du zu Hands on Mentoring gekommen?

ZW: Ich heiße Zoe Wolf und bin 18 Jahre alt. Durch eine Freundin meiner Mutter bin ich zu Hands on Mentoring gekommen. Ich habe eine großartige Mentorin bekommen, Alexandra, die Personalerin in einer großen Firma ist. Sie hat mir sehr geholfen und mich immer unterstützt, wenn ich nicht weiter wusste.

ZZ: Wie ist es dir während der Corona Krise ergangen?

ZW: Während der Corona Krise ist es mir nicht so gut ergangen, weil ich in der Zeit auf Job suche war und es sehr lange gedauert hat bis ich einen Job gefunden habe. Auch die Einschränkungen im Lockdown waren sehr schwierig für mich, weil ich meinen Freund nicht sehen durfte.

ZZ: Welche Auswirkungen hatte die Corona Krise auf dein berufliches und privates Leben?

ZW: Eine sehr große Auswirkung, da ich eigentlich gleich nach meinem Schulabbruch einen Job haben wollte, das hat sich durch den Corona Lockdown und vor allem durch die Gespräche mit meiner Mentorin stark geändert.

ZZ: Wie blickst du in die Zukunft, welche Träume, Ziele und Pläne hast du?

ZW: Mein Ziel ist erst mal mein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) zu absolvieren und danach die Matura zu schaffen. Im September beginne ich mein FSJ in einem Hort im zweiten Bezirk, was mich sehr freut. Ich freue mich schon darauf, mit den Kindern zu arbeiten und Berufserfahrung zu sammeln.



Erfolgreich durch „Hands on“: Mentorin Ivana und Mentee Omid

HIGHLIGHTS 2020 HANDS ON MENTORING

Ein besonderes Highlight 2020 war der Erfolg unseres Mentees David Stöller. Mitten im Lockdown fand er seinen Weg zu Hands on und wurde von seiner Mentorin Barbara begleitet. Durch die intensive Unterstützung im Mentoring konnte David eine Lehrstelle als Koch im bekannten Restaurant Figlmüller bekommen. 30 Jugendliche hat Hands on 2020 in eine Lehrstelle oder Weiterbildung vermittelt.

Interview: Eva Rosewich



Mentee David Stöller ist erfreut über seine Lehrstelle bei Figlmüller



Mentees und Mentor*innen beim Sommerfest von „Hands on“

ALLE FOTOS: HANDS ON MENTORING

AMSEL, flieg...

Arbeitslose Menschen suchen effektive Lösungen

Wie erleben Menschen Arbeitslosigkeit? Was sind ihre Wahrnehmungen, Gefühle, Analysen und Perspektiven? ZeitZeichen hat beim Verein AMSEL in der Steiermark angefragt, der seit nunmehr vierzehn Jahren als Interessensvertretung steirischer Arbeitsloser agiert. Obfrau **MARGIT SCHAUPP** informiert über die Initiative, eine Betroffene berichtet von ihrer Situation als Arbeitslose.

Der Verein AMSEL (arbeitslose Menschen suchen effektive Lösungen) ist 2006 als Interessensvertretung der steirischen Arbeitslosen unter Beteiligung von Margit Schaupp (Obfrau), Wolfgang Lambrecht, Wolfgang Schmidt, Viktor Pölzl und Ronald Hammer aus dem 2004 gegründeten „Erwerbsarbeitslosen-Stammtisch“ hervorgegangen. Neben Öffentlichkeitsarbeit und Aktivitäten zur Schaffung einer unabhängigen

Arbeitslosenrechtsanwaltschaft, betreibt die AMSEL die „Anonyme Arbeitslosen-Hotline“ und lädt 14-tägig arbeitslose Menschen zu einem Treff. Die politischen Forderungen beziehen sich u.a. auf Inflationsanpassungen von Arbeitslosengeld und Notstandshilfe, Erhöhung der Nettoersatzrate und Mitsprache beim AMS und in politischen Gremien zu Themen Arbeit und Arbeitslosigkeit. Arbeitsmodelle, die eine gerechte Verteilung der vorhandenen

Arbeit ermöglichen, wie Arbeitszeitverkürzung oder höhere Besteuerung von Überstunden, stehen ebenso auf der Forderungsliste der AMSEL. Das langfristige Ziel ist die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens, das vor der Einführung noch breit diskutiert werden soll.

Margit Schaupp

MEHR INFOS

www.amsel-org.info

Ich heiße Phoenix*, bin 45 Jahre alt und seit November 2019 – wieder einmal – erwerbsarbeitslos. Zuvor war ich befristet für ein Kulturprojekt angestellt, doch diese Anstellung konnte leider mangels finanzieller Ressourcen nicht weiter aufrechterhalten werden.

Als Jugendliche hatte ich eine Lehre als Einzelhandelskauffrau gemacht, habe dann aber in der Gastronomie gejobbt. Später absolvierte ich die Ausbildung zum Callcenter-Agent, aber die schlechten Arbeitsbedingungen und der Arbeitsdruck in diesem Bereich führten bei mir ins Burn Out.

Nach 2-jährigem Kampf mit dem AMS wurde mir schließlich und endlich die Ausbildung zur sozial- und berufspädagogischen Trainerin genehmigt, die ich dann absolvierte und abschloss. Leider fand ich danach nur immer wieder befristete Transitstellen, weil ich entweder

zu wenig Praxis hatte (und habe – wie soll man Berufspraxis bekommen, wenn man nicht arbeiten darf ???), nicht mobil bin (ich besitze wegen meiner Sehbeeinträchtigung keinen Führerschein und kein KFZ) oder weil schlichtweg das Geld für eine Anstellung – unter anderem auch aufgrund von Sparmaßnahmen und Kürzungen der Regierung/Landespolitik im Sozial- und Kulturbereich – fehlt. Die fehlende Matura und das fehlende Studium erschweren es mir noch mehr, im Sozialbereich Fuß zu fassen, weil fast überall nur noch Akademiker*innen eingestellt werden. Die fehlenden Ausbildungen nachzuholen wäre ich sehr wohl bereit, wenn meine Lebenshaltungskosten gedeckt wären. Durch die Coronakrise wird die Arbeitslosigkeit und damit auch die Armut dramatisch steigen, und es wird für die Arbeitslosen – allen voran für Frauen –

noch viel schwerer werden, wieder einen Job zu finden. Ich kämpfe weiterhin darum, im Sozialbereich Fuß zu fassen und einen Vollzeitjob zu finden, weil es ganz einfach meine Berufung ist.

Ich engagiere mich ehrenamtlich schon seit 2008 sehr stark im sozialen Bereich, darunter in der Plattform „Sichtbar werden“ der österreichischen Armutskonferenz, beim Verein AMSEL, arbeitslose Menschen suchen effektive Lösungen, sowie im Armutsnetzwerk Steiermark und im Grazer Stadtteilzentrum Triester, in dem ich im Lerntreff, im Deutsch-Konversationstreff sowie als Lesespatin mithilfe. Außerdem moderiere ich seit Jahren 14-tägig die Vereinssendung „Arbeitslosenstammtisch“ auf Radio Helsinki, freies Radio Graz. Erwerbslose Menschen stehen dauerhaft unter extremem Druck. Zum einen aufgrund von Existenzängsten, die

durch das fehlende Einkommen, das niedrige AMS – Geld bzw. Notstandshilfe sowie dem rigorosen Sanktionsregime des AMS entstehen (etwa, wenn man sich nicht „wohl verhält“, wie das AMS es gerne hätte, man angeblich eine Arbeit vereitelt und dann für 6-8 Wochen das ganze Arbeitslosengeld verliert), zum anderen aufgrund der völligen Unplanbarkeit des Lebens, weil man ja 365 Tage dem Arbeitsmarkt und dem AMS zur Verfügung stehen muss. Es kommt der immense Bewerbungsdruck dazu, die vom AMS befohlenen Eigenbewerbungen zusammen zu bringen, wenn es keine, zu wenig und vor allem nicht für einen geeignete Jobs gibt. Man verschickt dann unzählige Initiativbewerbungen und Bewerbungen auf ausgeschriebene Stellen, auf die man allzu oft erst gar keine Antwort bekommt, und wenn, dann meistens nur Absagen. Und dann gibt es noch die Vorwürfe und Anfeindungen von Familie und Gesellschaft, warum man eben noch keinen Job gefunden hat, weil ja angeblich jeder, der will, einen Job findet. Das führt zur Isolation, Depression und anderen Erkrankungen der Betroffenen, was wiederum die Jobsuche erschwert oder gar zur Folge hat, dass jemand endgültig in der Obdachlosigkeit landet.

Was es braucht

Es braucht meiner Meinung nach kurz- und mittelfristig eine massive Arbeitszeitverkürzung auf mindestens 30 Stunden pro Woche bei vollem Personal und Lohnausgleich, außerdem die ersatzlose Abschaffung der AMS- und Sozialhilfesanktionen sowie eine Anhebung von Strafen für Lohn- und Sozialdumping. Das Arbeitslosengeld bzw. die Notstandshilfe müsste auf 80 % Nettoersatzrate angehoben werden, zumindest aber auf das Niveau des Existenzminimums, damit auch Men-

schen in Niedriglohnjobs und Frauen, die oft nur einen schlecht bezahlten (oft unfreiwilligen) Teilzeitjob haben, nicht in Armut abrutschen. Lohnkostenförderungen sollte es für alle Arbeitslosen – unabhängig vom Alter oder einem Behindertenstatus geben, wenn sich der potentielle Arbeitgeber (gemeinnützige Vereine, Kulturträger, soziale Einrichtungen sowie Kleinunternehmer) nachweislich die Lohnkosten nicht selbst leisten kann, aber jemanden dauerhaft und nachhaltig anstellen möchte. Es braucht Projekte wie die Aktion 20 000 oder das Nachfolgeprojekt 50+, bei dem Langzeitarbeitslose (nicht erst ab 50) über einen längeren Zeitraum (mindestens 2 Jahre) bei einem gemeinnützigen Verein, in der Gemeinde angestellt sind und dort den branchenüblichen Kollektivlohn mit Anrechnung der Vordienstzeiten erhalten.

Langfristig braucht es das bedingungslose Grundeinkommen und eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem Begriff „Arbeit“ und der Wertigkeit von Arbeit, vor allem im Blick auf unbezahlte oder schlecht bezahlte Care-Arbeit von Frauen.

**Name geändert*



MEHR INFOS

Der Bericht von Phoenix sowie der Bericht einer zweiten Betroffenen, die bei AMSEL engagiert ist, finden sich in voller Länge auf der website der KABÖ: www.kaboe.at

PHOENIX: „ES KOMMT DER IMMENSE BEWERBUNGSDRUCK DAZU, DIE VOM AMS BEFOHLENEN EIGENBEWERBUNGEN ZUSAMMEN ZU BRINGEN, WENN ES KEINE, ZU WENIG UND VOR ALLEM NICHT FÜR EINEN GEEIGNETE JOBS GIBT.“



FOTO: DR. KLAUS-UWE GERHARDT_PIXELO.DE

BUCH-TIPP



Tamara Ehs
**Krisendemokratie.
Sieben Lektionen aus
der Coronakrise**

Mandelbaum-Verlag
Wien, 2020
ISBN 978385476-893-7
108 Seiten
Preis: € 12,-

Demokratie ist systemrelevant! Die Akutphase der Coronakrise ermöglichte wie ein Brennglas den Blick auf die Stärken und Schwächen der österreichischen Demokratie. Jene Bereiche, in denen das politische System schon in Normalzeiten holprig lief, gerieten in der Krise zum Stolperstein. Beherrschen zudem Parteien und Politiker*innen das Geschehen, die der autoritären Versuchung ohnehin nicht abgeneigt sind, besteht eine Gefahr für das demokratische Zusammenleben, die über den Anlassfall hinausgeht. Die Politikwissenschaftlerin Tamara Ehs erörtert in ihrem Essay in sieben Lektionen, was wir beim nächsten Mal besser machen müssen. Denn das nächste Mal kommt bestimmt. Sei es abermals eine virusverursachte Pandemie, ein terroristischer Anschlag oder - und am wahrscheinlichsten – ein Klimanotstand. Umso wichtiger ist es, eine krisenfeste Demokratie zu etablieren und die Sicherstellung ihrer sozialen Grundlagen noch mehr als bisher zur Daseinsvorsorge zählen.



Veronika Bohrn-Mena
**Leistungsklasse.
Wie Frauen uns unbedankt und
unerkannt durch alle Krisen
tragen**

ÖGB-Verlag
Wien, 2020
geplantes Erscheinungsdatum:
2.11.2020

Frauen halten unsere Gesellschaft am Laufen, sie tragen unsere Gemeinschaft. Ihre Arbeit ist in vielfacher Hinsicht „systemrelevant“. Sie leisten die Erziehungs- und emotionale Sorgearbeit, sie helfen, pflegen, und sie sind unermüdlich im Einsatz, meist unterbezahlt, oftmals gänzlich unbezahlt. Sie arbeiten vielfach in den Berufen, deren Dienstleistungen für uns alle unverzichtbar sind, die jedoch trotzdem nicht entsprechend entlohnt werden. Unsere Gesellschaft funktioniert nur auf der Grundlage ihrer Leistungen.

Das Buch „Leistungsklasse“ möchte einen Beitrag zu einer breiten, lauten und fortschrittlichen Debatte über die dringend notwendige Umverteilung von Zeit und Geld leisten. Den Lesenden werden dabei verschiedene, ganz besondere Einblicke in aktuelle Arbeitsmarkt- und Gesellschaftsentwicklungen gewährt, wie man sie sonst nicht bekommt. Denn sie werden über die höchstpersönlichen Perspektiven von arbeitenden jungen wie alten Frauen, von Müttern und pflegenden Frauen dargestellt. Ungeschönt, auf Basis ihres eigenen Erlebens. Gleichzeitig werden durch profunde Daten und Fakten auch konkrete Ansatzpunkte für weiterführende Maßnahmen in Wirtschaft und Politik geliefert.

Zum Kennenlernen bietet ZEITZEICHEN ein Schnupperabo an:

Bestellen Sie Ihr Gratis-Probeabo für 3 Ausgaben

per Post:

senden Sie Name und Bezugsadresse an:
ZeitZeichen, KABÖ,
Spiegelgasse 3/2/6, 1010 Wien

oder per E-Mail:

kab.office@kaoe.at

Österreichische Post AG
MZ 02Z031417 M
Katholische Arbeitnehmer - Bildungs- und Hilfswerk Österreich
Spiegelgasse 3/2/6, 1010 Wien